

**Rede von Ministerpräsidentin Malu Dreyer
am 10. August 2018 zur Auftaktveranstaltung des
Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement**

Sehr geehrte Herren und Damen,

ich begrüße Sie herzlich in der Staatskanzlei. Ich freue mich wirklich sehr, dass meine Einladung eine so große Resonanz gefunden hat. Es zeigt mir aber auch, dass das, was wir heute mit dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement neu anstoßen und beginnen wollen, Ihr Interesse und Ihre Bereitschaft zur Mitwirkung findet. Dafür möchte ich Ihnen vorab ganz herzlich danken.

Ich begrüße hierfür Vertreter und Vertreterinnen aller Engagementbereiche, darunter:

- die evangelischen und katholischen Kirchen
- die Sozial- und Wohlfahrtsverbände (Liga, Diakonie, Caritas, AWO, DRK, Paritätischer, VDK)
- die Hilfs- und Rettungsorganisationen (Landesfeuerwehrverband, DLRG, ASB, Johanniter, Malteser)
- der Natur- und Umweltschutz
- Kultur und Musik
- der Sport (Landessportbund, Sportjugend)
- die Selbsthilfe
- der Hospiz- und Palliativverband
- der Blinden- und Sehbehindertenverband
- die Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbörsen
- die Nachbarschaftshilfe
- der Landesjugendring
- der Deutsche Frauenring und die Landfrauen
- der Landeselternbeirat
- der Deutsche Kinderschutzbund
- Gewerkschaften (DGP, DGB)
- Organisationen aus dem Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik (AGARP, AK Asyl, Initiativausschuss Migrationspolitik)

- die Kommunalen Spitzenverbände (Gemeinde- und Städtebund, Städtetag, Landkreistag)
- sowie Unternehmerverbände (LVU)

Ich begrüße auch den Beauftragten für ehrenamtliches Engagement, Herrn Bernhard Nacke, sowie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Ministerien, die in enger Zusammenarbeit mit der Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei mit dem Ehrenamt befasst sind.

Ich hoffe, ich habe keinen Bereich ganz vergessen. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich Sie nicht alle einzeln und namentlich begrüße. Sie alle repräsentieren auf Spitzenebene Ihre Bereiche. Seien Sie alle sehr herzlich willkommen.

Vertreter und Vertreterinnen aller gesellschaftlichen Bereiche, der Kommunen und der Wirtschaft haben sich heute versammelt. Sie alle eint, dass Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Ihrer Arbeit besonders wichtig sind. Sie tragen aber auch Verantwortung dafür, dass dieses Engagement ermöglicht, unterstützt und gefördert wird.

Wo kommen Sie bisher in dieser Form zusammen und können sich über die verschiedenen Organisationen hinweg über Zukunftsfragen der Engagementförderung verständigen, von Ihren Erfahrungen lernen und gemeinsam mit der Landesregierung über neue Wege und Strategien beraten?

Ein solches Forum gibt es in Rheinland-Pfalz bisher nicht. Dialog und gemeinsame Strategieentwicklung sind aber zentral, wollen wir gemeinsam weiter vorankommen.

Sehr geehrte Herren, sehr geehrte Damen,

sehr viele Menschen – über 48 % sind es in Rheinland-Pfalz – engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden und Kirchengemeinden, andere in Initiativen und Projekten. Sie packen soziale und kulturelle Aufgaben an, begeistern andere für den Sport, kümmern sich um unsere Umwelt, helfen und pflegen alte oder kranke Menschen, engagieren sich in den Hilfs- und Rettungsdiensten, in der internationalen Zusammenarbeit und der Entwicklungshilfe oder in der Flüchtlingshilfe.

Unsere Gesellschaft ist ohne dieses Engagement nicht vorstellbar. Mehr noch: es ist der Kern unserer demokratischen und solidarischen Gesellschaft.

Mit Ihrem freiwilligen Engagement tragen sie zu einer Kultur der Solidarität, der Zugehörigkeit und des gegenseitigen Vertrauens bei und stärken damit den Zusammenhalt der Gesellschaft. Sie alle verdienen dafür Respekt und Anerkennung.

Daher möchte ich an dieser Stelle allen ehrenamtlich und bürgerschaftlich Engagierten im Land ganz herzlich danken.

Aus gegebenem Anlass möchte ich heute ganz besonders unseren Hilfs- und Rettungsdiensten danken. Bei den Unwettern in den vergangenen Wochen haben sie einmal mehr unter Beweis gestellt, was sie leisten und dass auf sie Verlass ist. Feuerwehr, THW, DLRG, DRK, Malteser, Johanniter, ASB – die Gefahrenabwehr und die Sicherheit in unseren Städten und Gemeinden ist ohne Sie ohne das große ehrenamtliche Engagement in ihren Reihen nicht denkbar.

Sehr geehrte Herren und Damen,

Würdigung, Dank und Anerkennung sind wichtig im und für das Ehrenamt. Als Landesregierung tun wir hierfür auch viel mit Preisen und Ehrungen, Zertifikaten und Veranstaltungen wie unserem landesweiten Ehrenamtstag.

Anerkennung allein reicht jedoch nicht aus, um das Ehrenamt wirksam zu unterstützen. Dafür braucht es gute Rahmenbedingungen und eine effektive Unterstützung – in Organisationen, in Kommunen, auf Landes- wie auf Bundesebene.

Die gesellschaftliche Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. Keine der gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen wir stehen – etwa der demografische Wandel, die Digitalisierung, die Modernisierung des Bildungssystems, die Integration von Flüchtlingen – sind ohne das aktive Engagement der Bürger und Bürgerinnen zu bewältigen.

Bürgerschaftliches Engagement ist unersetzlich für ein funktionierendes Gemeinwesen und eine lebendige Demokratie. Es erbringt Leistungen und übernimmt Aufgaben, die kein noch so gut ausgestatteter Sozialstaat allein erbringen könnte. Ohne dieses Engagement würden viele Bereiche unseres Lebens und der Daseinsvorsorge nicht funktionieren.

Daher nimmt die Förderung von Ehrenamt und Bürgerengagement seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert in der Landespolitik ein. Zahlreiche Programme und

Strukturen auf Landesebene tragen dazu bei, dass dieses Engagement nicht nur anerkannt und gewürdigt, sondern auch nach Kräften unterstützt wird.

Die Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei bündelt und vernetzt die mannigfaltigen Ansätze der Engagementförderung der Landesregierung und ist Servicestelle für Vereine, Verbände, Stiftungen, Kommunen und ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger.

Erwähnen möchte ich an dieser Stelle aber auch unsere Interministerielle Arbeitsgruppe „Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement“. Hier findet innerhalb der Landesregierung die Vernetzungsarbeit statt. Denn es ist ja so, dass in jedem einzelnen Ministerium eigene Schwerpunkte und Programme der Ehrenamtsförderung umgesetzt werden.

Trotz dieser bestehenden Angebote und Strukturen sind die Anforderungen und Erwartungen an eine moderne und wirkungsvolle Engagementförderung in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen.

Lassen Sie mich auf einige ganz zentrale Punkte stichwortartig eingehen, wo ich besonderen Handlungsbedarf sehe:

Beratung und Information: das Ausmaß der Anfragen zu rechtlichen Fragen (Versicherungsschutz, Vereinsrecht, Freistellungsregelungen etc.) hat enorm zugenommen. Die neue europäische Datenschutz-Grundverordnung hat den Bedarf noch einmal stark erhöht. Wir brauchen mehr unkomplizierte und schnelle Möglichkeiten der fachlichen Information und Beratung.

Fort- und Weiterbildung: Die Schaffung von passgenauen Angeboten der Qualifizierung ist eine ganz zentrale Aufgabe, der wir uns widmen müssen. Rechtliche Fragen, Herausforderungen der Vereinsentwicklung wie die Gewinnung von Mitgliedern und vor allem von Führungs- und Vorstandspositionen sowie nicht zuletzt der digitalen Entwicklung erfordern neue Angebote und Formate, um die Organisationen der Zivilgesellschaft wirkungsvoll bei der Bewältigung dieser Aufgaben zu unterstützen.

Nicht zuletzt gilt es, die bestehenden Angebote der Fort- und Weiterbildungen besser zu vernetzen und für alle Interessierten sichtbar zu machen.

Die **Digitalisierung** eröffnet viele, noch ungeahnte Chancen und Perspektiven, auch für die Zivilgesellschaft. Sie stellt Vereine und Organisationen aber auch vor

Herausforderungen. Wir wollen sie dabei unterstützen, passgenaue Lösungen zu finden, damit die Engagierten von den digitalen Möglichkeiten profitieren, die Arbeit erleichtert und die Zivilgesellschaft gestärkt wird. Der Ideen-Wettbewerb „Ehrenamt 4.0“ – die Preisverleihung fand am Mittwoch beim 1. Digitalforum in Ludwigshafen statt – zeigt, wie kreativ das Ehrenamt bereits mit diesen Möglichkeiten umgeht.

Unterstützung unserer Kommunen: Auch auf kommunaler Ebene stellen sich Herausforderungen der Engagementförderung. Unsere Förderung von Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbörsen hat sich etabliert, soll aber ausgebaut werden.

Die Landesregierung will die Kommunen aber auch dabei unterstützen, ihre jeweils eigenen Strategien zu entwickeln. Hierzu braucht es Begleitung und Beratung vor Ort. Mit der Initiative „Ich bin dabei!“ konnten in den vergangenen Jahren hierfür bereits gute Ansätze entwickelt werden. Diese Erfahrungen sollen verstetigt werden.

Verstärkter Wettbewerb um das Ehrenamt: Viele Organisationen und Einrichtungen bemühen sich verstärkt darum, Freiwillige für ihre Arbeit zu gewinnen. Es wird spürbar, dass es hierbei zu einem Wettbewerb um Engagierte kommt.

So gibt es Engagementbereiche, in denen immer mehr Ehrenamtliche gesucht werden – wie z.B. die Unterstützung rund um die Pflege, Patenschaften in Schule und Kita oder die Gestaltung des Gemeinwesens im Stadtteil oder in kleinen Gemeinden. Neue Engagementfelder wie die Hilfe für Flüchtlinge sind hinzugekommen.

In diesem Wettbewerb sind die Organisationen besonders erfolgreich, die den Engagierten die besten Bedingungen bieten. Dabei kommt es immer häufiger zu Maßnahmen, die monetäre Anreize setzen.

Monetarisierung: Wir beobachten mit einer gewissen Sorge, dass in der Ehrenamtsförderung immer mehr Geld und Bezahlung Einzug hält. Dies bleibt nicht ohne Folgewirkungen für die Engagierten wie die Organisationen. Eigensinn und Selbstbestimmtheit des Engagements können dabei Schaden nehmen. Zwischen Organisationen, die Pauschalen zahlen, und denen, die es nicht können, entstehen Konkurrenzen.

Natürlich sollen reale Aufwände erstattet werden. Aber im Kern ist und sollte das Ehrenamt doch unentgeltlich bleiben.

Zu dieser Frage gibt es keine einheitliche Position. Wir brauchen hierzu eine gesellschaftliche Debatte und wenn möglich Leitplanken und gemeinsame Orientierungspunkte. Besonders wichtig ist mir dabei, dass wir hierbei nicht mit zweierlei Maß messen. Was in großen Organisationen gilt, sollte möglichst auch für andere Formen des Ehrenamts möglich sein.

Vereinsentwicklung: Trotz gestiegener Engagementzahlen insgesamt wissen wir doch aus der Praxis von Vereinen wie aus Studien, dass manch ein Verein, insbesondere in ländlichen Räumen unter sinkenden Mitgliederzahlen leidet. Aber auch große Verbände wie etwa die Freiwillige Feuerwehr beklagen rückläufige Mitgliederzahlen.

Noch gravierender ist allerdings das Problem, die Führungs- und Vorstandspositionen zu besetzen. Gerade diese Ehrenämter mit hoher Verbindlichkeit und großem Zeitaufwand sind immer schwerer zu finden. Unsere Vereine brauchen dringend Unterstützung, um hierbei neue Strategien zu entwickeln, rechtzeitig Nachwuchs zu suchen und die Verantwortungsrollen auf mehrere Schultern zu verteilen.

Babyboomer: Die demografische Entwicklung bringt es mit sich, dass wir schon bald eine Generation gut ausgebildeter, aktiver Menschen in der nachberuflichen Phase haben werden, die grundsätzlich zum Engagement bereit ist. Allerdings hat diese Generation gegenüber früheren Ehrenamtlern ganz eigene, veränderte und selbstbewusste Vorstellungen der Mitgestaltung. Um dieses große Potenzial an gut ausgebildeten engagementbereiten Menschen zu gewinnen, brauchen Organisationen und Einrichtungen veränderte Engagementmöglichkeiten.

Integration von Flüchtlingen und Migranten: Das Miteinander in unserer Gesellschaft kann nicht angeordnet, es muss gelebt werden. Hier stehen wir, nicht zuletzt durch die vielen zu uns geflüchteten Menschen, vor Herausforderungen der Integration. Diese können wir nur mit einer engagierten Bürgerschaft bewältigen.

Denn Integration ist etwas, was nicht allein durch die Politik gewährleistet werden kann. Sie gelingt dort, wo Menschen anpacken, Verantwortung übernehmen und sich engagieren. Aus diesem Grunde müssen wir den Rahmen dafür schaffen, das Engagement im Flüchtlingsbereich zu erhalten und zu unterstützen. Das

Engagement war in der unmittelbaren Nothilfe, als die vielen Menschen zu uns kamen, unersetzlich. Wir brauchen es heute ebenso dringend zur Integration.

Stärkung der frühen Förderung von Engagement und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen: Ehrenamt und Partizipation sind nicht angeboren, sondern werden in praktischer Erfahrung gelernt. Deshalb brauchen wir neue Ansätze, jungen Menschen schon frühzeitig Erfahrungen bürgerschaftlicher Beteiligung zu ermöglichen. Damit legen wir die Basis für eine auch künftig lebendige und demokratische Bürgergesellschaft.

Hierfür braucht es eine intensive Kooperation zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Das von mir im vergangenen Jahr ins Leben gerufene Bündnis „Demokratie gewinnt!“ ist hierfür ein zentraler Ort.

In dieser Woche hat die Diskussion über die Einführung eines allgemeinen sozialen Pflichtdienstes wieder einmal die Öffentlichkeit erreicht. Ich will hierzu ganz klar sagen, dass ich von dieser Idee überhaupt nichts halte. Das Wesensmerkmal und die besondere Qualität des Ehrenamts ist und bleibt die Freiwilligkeit. Lassen Sie uns anstatt dessen die Strukturen und Fördermöglichkeiten für das Ehrenamt stärken und die Freiwilligendienste weiter ausbauen. Zwang, Verpflichtung und Indienstnahme sind nicht der richtige Weg,

Demokratieentwicklung: Nicht nur über Politik wird Demokratie gestaltet, sondern auch über die aktive Mitwirkung der Bürger und Bürgerinnen. Und genau hier liegt die Wurzel des gesellschaftlichen Zusammenhalts, hier entsteht eine gemeinsame kulturelle Identität, die Unterschiede aushält, versöhnt und integrierend wirkt.

Wir stehen in Deutschland und in Europa vor großen Herausforderungen. Wir müssen Politikverdrossenheit und Populismus entgegenwirken und das soziale Auseinanderdriften der Gesellschaft verhindern. Politik muss glaubhaft zeigen, dass Demokratiemüdigkeit nicht die Antwort auf Probleme ist.

Das demokratische Miteinander fällt uns jedoch nicht in den Schoß, es muss als Kultur gelebt werden. Und dies geschieht vor allem im bürgerschaftlichen Engagement. Deshalb müssen wir Engagement- und Demokratiepoltik als zwei Seiten ein- und derselben Medaille begreifen.

Und nicht zuletzt – die stärkere Vernetzung auf Landesebene: In den vergangenen 10 Jahren wurden vielfältige Kooperationen, Partnerschaften und

Dialogformate im Bereich der Ehrenamtsförderung entwickelt. Was wir meiner Überzeugung nach brauchen, ist ein intensiver, bereichsübergreifender Dialog zwischen Landesregierung und Zivilgesellschaft. Und genau des soll künftig im neuen Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement möglich werden. Denn die von mir angerissene Herausforderung können weder die zivilgesellschaftlichen Organisationen noch die Landesregierung allein bewältigen.

Gemeinsam aber können wir es. Im neuen Landesnetzwerk – das ist mein Wunsch – werden Verbände, Organisationen und Zusammenschlüsse aller gesellschaftlichen Bereiche sowie Kirchen, Kommunen und Unternehmerverbände sich regelmäßig austauschen und gemeinsam mit der Landesregierung Bedarfe und Schwerpunkte der künftigen Engagementförderung beraten. Ziel ist die bedarfsgerechte Weiterentwicklung und der Ausbau der rheinland-pfälzischen Engagementstrategie. Dafür bieten wir Ihnen mit dem Netzwerk einen nicht-öffentlichen, geschützten Rahmen.

Wie stelle ich mir die Arbeit in diesem neuen Landesnetzwerk vor?

Das Netzwerk bietet künftig den Raum für Austausch und Verständigung, für den Transfer von Erfahrungen sowie zur Findung gemeinsamer Positionen und Wege. Lassen sich mich abschließend die wichtigsten Punkte benennen, wie ich mir den Rahmen der künftigen Arbeit vorstelle.

1. Das Netzwerk versammelt **Organisationen und Akteure, die in ihren jeweiligen Bereichen auf landespolitischer Ebene aktiv** sind. Es ist zugangsoffen für weitere Organisationen. Es ist jedoch kein Netzwerk für einzelne vor Ort tätige Vereine, Projekte, Initiativen oder Engagierte.
2. Wir wollen hierfür **keine neue Organisation oder bürokratische Struktur** wie etwa einen Verein schaffen. Insofern gibt es auch **keine formale Mitgliedschaft**, natürlich keine Mitgliedsbeiträge, keine Satzung, keinen Vorstand oder sonstige bürokratische Regelungen.
3. **Koordiniert und begleitet** wird das Landesnetzwerk **durch die Leitstelle** Ehrenamt und Bürgerbeteiligung.
4. Das Netzwerk trifft sich **ein Mal pro Jahr**. Dabei werden vorab vereinbarte Schwerpunktthemen bereichsübergreifend beraten. Ein Teil dieses Treffens ist immer für den offenen Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Landesregierung reserviert.

5. Aktuelle **Fragen, Anliegen und Themen der Ehrenamtsförderung** können **jederzeit an die Leitstelle** adressiert werden (wie bisher schon). Sie speist diese in die landespolitischen Diskussionen ein und bemüht sich um Klärungen bzw. Lösungen.
6. Das Landesnetzwerk lädt zur aktiven Mitwirkung ein. Die **Mitarbeit ist freiwillig**. Sofern es sich aus den Diskussionszusammenhängen ergibt, können Fachgespräche, Tagungen, digitale Foren oder befristete Arbeitsgruppen initiiert werden.
7. Die im Landesnetzwerk mitwirkenden Organisationen erhalten einen **direkten Zugang** zu wichtigen Neuerungen und Entwicklungen in der Engagementpolitik. Die Leitstelle versorgt sie regelmäßig mit aktuellen Informationen.

Das ist unser Angebot an Sie. Ich bin mir sicher, dass wir das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement auf diese Weise gemeinsam weiterbringen können.

Das Landesnetzwerk – das ist meine feste Überzeugung – bietet die Chance, gesellschaftliche Veränderungen proaktiv aufzugreifen und Rahmenbedingungen für das Ehrenamt positiv zu gestalten. Ich freue mich nun darauf, von Ihnen zu erfahren, welche Erwartungen Sie an das neue Landesnetzwerk richten.